

Landtagsdirektion
Eingelangt am

04. NOV. 2008

359/08

fritzklub
Bürgerforum Tirol
im Tiroler Landtag

43/2008

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten **Fritz Gurgiser, Bernhard Ernst, Dr. Andreas Brugger, Fritz Dinkhauser, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Gottfried Kapferer, Ing. Thomas Schnitzer**

betreffend: **Verbesserung der Angebotsbedingungen für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe bei Aufträgen der öffentlichen Hand bzw. landes- und gemeindeeigener Unternehmungen.**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu unternehmen, um bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand sowie landes- und gemeindeeigener Unternehmungen für ein faires nichtdiskriminierendes Bestbieterprinzip zu sorgen und den über Jahrzehnte entstandenen Wildwuchs an Bedingungen und Auflagen für den Auftragnehmer auf das notwendige Maß zu reduzieren, welches für eine ordentliche und sichere Abwicklung notwendig ist“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Wirtschaftsausschuss** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Am 10. Juli 2008 hat Frau Landesrätin Patricia Zoller-Frischauf öffentlich angekündigt, sich sinngemäß für ein Bestbieterprinzip etc. dahingehend zu engagieren, dass öffentliche Aufträge vermehrt in Tirol bleiben.

Wie die tägliche Praxis zeigt, ist von dieser Ankündigung noch nichts zu spüren. Gerade jetzt aber, wo die Regierungen auf Landes- und Bundesebene mit sogenannten „Konjunkturpaketen“ einer von nationalen und internationalen Wirtschaftsexperten vorausgesagten Flaute mit unter Umständen steigenden Arbeitslosenzahlen gegensteuern wollen, ist es aus Sicht zahlreicher Praktiker dringend notwendig, über Jahrzehnte gewachsenen „Wildwuchs an Auflagen, Bedingungen, Vorgaben“ etc. zu durchforsten und zu entrümpeln. Im Gegenzug sollen klare und nichtdiskriminierende Kriterien in einem Bestbieterprinzip mit Punktesystemen dafür sorgen, dass vor allem Betriebe, die ihre Mitarbeiter ordentlich entlohnen, die jungen Menschen Lehr- und Ausbildungsplätze bieten, die weder bei Finanzamt noch bei der Sozialversicherung Steuern bzw. Abgaben schuldig sind, auch Nutznießer dieser Konjunkturpakete werden.

Ebenso ist es dem Bürgerforum Tirol ein Anliegen, dass vor allem für das Gewerbe Einbehalte für den Deckungsrücklass in Höhe von 10 % der Teilrechnungen bei allen Auftragsvergaben der öffentlichen Hand oder landes- und gemeindeeigener Unternehmungen durch entsprechende Bankgarantien abgelöst werden können, da gerade bei länger laufenden Bauvorhaben diese sehr hohen Deckungsrücklässe die Liquidität der Betriebe nachhaltig verschlechtern. Diese Betriebe können ja bis zur Endabrechnung des Bauvorhabens auch nicht 10 % bei den Löhnen und Lieferanten und schon gar nicht bei Finanzamt, Sozialversicherung oder Kommunen einbehalten. Mittel- und kurzfristig sollte überhaupt ein Anlauf genommen werden, den Deckungsrücklass ersatzlos abzuschaffen, denn jedes Unternehmen hat ein Anrecht darauf, die erbrachte Leistung im Rahmen einer Teilrechnung zu 100 % abgegolten zu bekommen; mehr wird ohnedies nicht bezahlt und auch gar nicht verlangt.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Maßnahmen der angekündigten Konjunkturpakete möglichst rasch greifen sollen und daher in allfällige Ausschreibungen der öffentlichen Hand bzw. landeseigener Unternehmungen diese Verbesserungen bereits eingearbeitet werden sollen. Sonst werden mit unserem Steuergeld Konjunkturpakete finanziert, die auf Grund unfairer Wettbewerbsbedingungen an unseren heimischen Klein- und Mittelbetrieben vorbeigeschwindelt oder so lange diskutiert werden, dass sie im eigenen Land nicht mehr greifen.

Innsbruck, am 2. November 2008

H. H. H. H. *A. A. A. A.* *B. B. B. B.*
C. C. C. C. *G. G. G. G.*